

Soziale Gerechtigkeit – wer will die eigentlich noch?
OV Süsel, 17. November 2004, 20.00 Uhr Café Schacht, Süsel

Es gilt das gesprochene Wort.

Soziale Gerechtigkeit – wer will die eigentlich noch? Die Frage provoziert ganz bewusst. Was ist soziale Gerechtigkeit? Passt sie noch in unsere Zeit? Nach dem Motto: „Wenn jeder an sich denkt, ist ja an alle gedacht?“ Und können wir Sozialdemokraten überhaupt einen Beitrag leisten für soziale Gerechtigkeit? – oder wird Politik (egal auf welcher Ebene) nicht längst anderswo bestimmt (Stichwort Globalisierung) und bleibt am Ende kein Raum mehr für soziale Gerechtigkeit? Was ist also soziale Gerechtigkeit? Lohnt es sich, dafür einzutreten? Was können wir dafür tun?

Darum soll es heute Abend gehen. Lasst mich heute Abend als Einstieg in eine hoffentlich lebhaftere Diskussion kurz darstellen, was ich mir unter sozialer Gerechtigkeit vorstelle. Und was sich die SPD Schleswig-Holstein darunter vorstellt, für die bei der Landtagswahl 2005 als Landtagskandidatin antrete. Die SPD Schleswig-Holstein hat auf ihrem Landesparteitag am 23./24.10.2004 ihre Vorstellung von „sozialer Gerechtigkeit“ im Regierungsprogramm 2005-2010 formuliert. Es heißt **„Stark im Norden!“**

Soziale Gerechtigkeit

Damit unser Land auch weiterhin sozial gerecht ausgestaltet sein wird, orientieren wir uns an unseren **Grundwerten: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.** Für diese Grundwerte steht die SPD seit mehr als 140 Jahren, und das soll auch in Zukunft so bleiben. Wir Sozialdemokraten haben uns immer für Chancengleichheit, ein menschenwürdiges Leben für alle und für Teilhabe an Arbeit und Bildung eingesetzt. Dies wird auch in Zukunft so bleiben. Wir Sozialdemokraten stehen dafür ein, alle gesellschaftlichen Gruppen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit an der Modernisierung unseres Landes zu beteiligen. Unser Grundsatz dabei bleibt: **die starken Schultern in unserer Gesellschaft haben mehr zu tragen als die schwachen.** Gerade im Umgang mit Hilfebedürftigen, mit ihren Möglichkeiten der Teilhabe, zeigt sich die **Qualität und Stärke einer Gesellschaft.**

Unser Zukunftsbild von einem sozial gerechten Schleswig-Holstein im Jahr 2020 [Regierungsprogramm]

„Schleswig-Holstein ist ein Land, in dem die Menschen sich wohl fühlen und gerne leben. Es ist ein Land, in dem alle Generationen optimale Lebensbedingungen vorfinden. Unser Land ist beständig und stark in sozialer Gerechtigkeit.“

Verantwortung für unsere Gesellschaft wird von allen ernst genommen und übernommen, die Lasten auf alle Schultern ihrer Stärke entsprechend gerecht verteilt. So wird die **Teilhabe am gesellschaftlichen Leben** allen ermöglicht - egal ob alt oder jung, gesund oder krank und unabhängig von ihrer individuellen Leistungsfähigkeit und ihren Startchancen.

Dort, wo Defizite entstehen, sorgt das Land für einen Ausgleich, schafft aber auch Anreize, dass alle Bürgerinnen und Bürger einander solidarischen unterstützen. Prävention und Hilfe zur Selbsthilfe stehen dabei im Vordergrund. Dies ermöglicht allen Bürgerinnen und Bürgern, in der Gesellschaft eigenverantwortlich zu handeln und ihr Leben selbst zu gestalten.“

Gerechte Chancen für alle sind das Ziel.

Vielleicht sogar gleiche Chancen, in jedem Fall aber gerechte Chancen.

Gerechte Startchancen also.

Fangen wir mit dem **Bildungsbereich** an, und hier im Besonderen mit dem Elementarbereich, den Kindertagesstätten.

Sie müssen wir als Teil des Bildungssystems begreifen. Hier werden die Grundlagen für die spätere Lernbereitschaft gelegt, ebenso für soziale Kompetenzen. Niemals mehr im späteren Leben lernt ein Mensch so bereitwillig, so spielerisch wie im Kindergartenalter.

Gerechte Startchancen heißt hier also:

Gerechte Zugangsmöglichkeiten zu **Kindertagesstätten**, außerdem gehört dazu eine Auswahlmöglichkeit (Angebotsvielfalt, Trägervielfalt).

Die SPD hat in den Jahren ihrer Regierungsverantwortung gemeinsam mit den Kommunen und den Trägern der freien Wohlfahrtspflege ein bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Angebot an Kindertagesstätten geschaffen. Der Deckungsgrad landesweit, die Trägervielfalt, kann sich sehen lassen. Seit 1988 hat die SPD den **Landeszuschuss** für Kindertagesstätten **um das 600fache erhöht**.

In den Jahren 2004 und 2005 gibt das Land jeweils 60 Mio. EUR Zuschuss zu den Kindergärten.

In den Kreisen hingegen fährt die CDU mit ihren Mehrheiten die Zuschüsse der Kreise zurück, sodass immer höhere Elternbeiträge die Folge sind. Die Kommunen können die Finanzierungslücke natürlich nicht füllen, das wäre auch zu viel verlangt. Und so bleiben häufig trotz eines Landeszuschusses, der so hoch ist wie noch nie (noch einmal zum Vergleich: 1988 betrug die Landesförderung noch 200.000 DM, für die Jahre 2004 und 2005 stehen jeweils 60 Mio. EUR im Haushalt des Landes zur Verfügung – das ist das 600fache!) nur der Weg über höhere Elternbeiträge. - Ist das sozial gerecht? Bedeutet das gerechte Startchancen? Nein, das was die CDU veranstaltet, ist zutiefst unsozial und ungerecht.

Das Langziel heißt **Steuerfinanzierung**.

Unser Zukunftsbild von Kindergärten, Schulen und Hochschulen im Jahr 2020 [Regierungsprogramm]:

„Kinder besuchen spätestens ab dem 3. Lebensjahr eine für die Eltern kostenlose Kindertageseinrichtung. [Die Finanzierung erfolgt durch Umschichtung in der

Steuer- (zum Beispiel beim Ehegattensplitting) und Familienpolitik (z. B. beim Kindergeld)].“

Für diese Gebührenfreiheit spricht auch Folgendes:

Mit welcher Selbstverständlichkeit schicken wir Schülerinnen und Schüler gebührenfrei zur Schule, setzen uns für Lehr- und Lernmittelfreiheit ein, selbst das spätere Studium an der Universität kostet nichts – aber für den Besuch des Kindergartens müssen Eltern Gebühren zahlen?

Ich wünsche mir, dass eines Tages der Besuch einer Kindertagesstätte ebenso selbstverständlich wird wie der Schulbesuch – und dass er ebenso finanziert wird, nämlich aus Steuermitteln.

Und wenn der Besuch einer Kindertagesstätte so selbstverständlich wird, sind wir auch auf einem anderen Weg der sozialen Gerechtigkeit ein Stück weiter: bei der **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**.

Auch das gehört zu unserem **Zukunftsbild von einem sozial gerechten Schleswig-Holstein** [Regierungsprogramm]

„Frauen und Männer finden in unserem Land ideale Voraussetzungen, Beruf und Familie miteinander zu verbinden. Kinderbetreuung, Ganztagesangebote, aber auch familienfreundliche Arbeits- und Weiterbildungsmöglichkeiten gestatten den jungen Frauen und Männern neben der beruflichen Karriere eine gezielte Familienplanung. Gerade Frauen mit einer qualifizierten Ausbildung stehen so nicht mehr vor der Entscheidung: entweder Familie oder Beruf.“

Im **schulischen Bereich** bedeuten gerechte Startchancen, also soziale Gerechtigkeit, vor allem:

Bildungschancen und Bildungserfolg dürfen nicht von der sozialen Herkunft abhängig sein. Jedes Kind, jeder Jugendliche hat ein Recht auf Entfaltung seiner Bildungspotenziale.

Und das bedeutet:

So wenig Selektion wie möglich.

PISA hat es an den Tag gebracht:

Das deutsche Schulsystem, gegliedert in Haupt-, Realschule und Gymnasium, ist überholt. Kinder im Alter von 10 Jahren aufzuteilen in Hauptschüler, Realschüler und Gymnasiasten, ohne ihnen später noch einmal die Chance zu geben, in eine andere Schulart zu wechseln (denn unser derzeitiges Schulsystem ist nur nach unten durchlässig, nicht nach oben), nimmt einem Großteil von ihnen unglaubliche Chancen in ihrer Entwicklung.

Als SPD Schleswig-Holstein haben wir unsere Antwort auf PISA gefunden – in der Überwindung des dreigliedrigen Schulsystems hin zu **einer Schule für alle**, hin zu einer **neuen „Haupt“-Schule**, in der Schülerinnen und Schüler deutlich länger als bisher [bis zur 9. Klasse] gemeinsam miteinander lernen und dabei individuell gefördert werden .

Dies ist im übrigen auch die notwendige Antwort auf den demografischen Wandel: Die Schulentwicklungsplanung wird in Zukunft ungeheuer wichtig werden. Um das regionale Schulangebot zu sichern, kommen wir um die Öffnung und das

Zusammenlegen von Schulen bzw. Schularten hier im ländlichen Raum gar nicht herum. Ein wichtige Aufgabe für die Kommunalpolitik.

Unsere Bildungsparteitage im Februar auf Kreisebene und im März auf Landesebene haben viel Beachtung gefunden.

Kein Geringerer als Andreas Schleicher, der deutsche Koordinator der PISA-Studie, hat der SPD Schleswig-Holstein bescheinigt, mit diesem Konzept auf dem richtigen Weg zu sein.

Dazu gehört (um das Thema an dieser Stelle abzurunden) ein bedarfsgerechtes Angebot einer **Ganztagschule** und ein **gebührenfreies Erststudium** [beschlossen im Regierungsprogramm]. Auch das gehört zu gerechten Startchancen (CDU will Studiengebühren einführen!)

Zwischenfazit: Gut gerüstet ins Leben, die angebotenen gerechten Startchancen gut genutzt (oder auch nicht, aber sie waren wenigstens da, die gerechten Chancen).

Arbeitsleben

Ein Recht auf einen Arbeitsplatz? Nein, das wäre zu viel des guten, das wäre Sozialismus pur. Aber die **Schaffung von Arbeitsplätzen** (und zwar innerhalb Deutschlands!) durch Unternehmer attraktiv zu machen, das ist Aufgabe von sozial gerechter Politik.

Arbeit billiger machen, Lohnnebenkosten senken – so lautet die Aufgabe. Die Globalisierung der Wirtschaft, die älter werdende Gesellschaft und der wissenschaftlich-technische Fortschritt – das alles wird auch in den nächsten Jahrzehnten Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherung ständig zu Anpassungen zwingen.

Als SPD Schleswig-Holstein wollen wir durch Initiativen auf Bundesebene bis 2010 eine deutlich stärkere Steuerfinanzierung der Systeme nach skandinavischem Vorbild erreichen.

Es ist für Arbeitnehmer und Unternehmer sozial gerechter, wenn die gesamte Wertschöpfung zur Finanzierung herangezogen wird und nicht nur der Faktor Arbeit belastet wird.

Die Krankenversicherung und Pflegeversicherung wollen wir zu einer solidarischen **Bürgerversicherung** umgestalten.

Diese Form der Sozialversicherung nimmt nicht nur die abhängig Beschäftigten und ihre Arbeitgeber in die Pflicht, sondern bezieht alle Einkunftsarten aller Bevölkerungskreise mit ein.

Die Lohnnebenkosten müssen sinken, damit wieder mehr Arbeitsplätze entstehen.

Darauf zu achten, dass in den Betrieben sozialer Frieden herrscht, auch das ist Aufgabe von sozial gerechter Politik. Und damit das funktioniert, gehören Arbeitnehmerrechte auch in schwierigen Zeiten wie dieser und in Zukunft gesichert. Tarifautonomie, Erhalt des Flächentarifvertrags, Kündigungsschutz – das sind Errungenschaften sozialgerechter Politik, das sind Errungenschaften sozialdemokratischer, also unserer Politik – und darum lohnt es sich gerade jetzt zu kämpfen.

Dazu gehört auch, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an betrieblichen Prozessen zu beteiligen. Unternehmer mögen sich wundern, zu welchen Zugeständnissen

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bereit sind, wenn es darum geht, Arbeitsplätze zu erhalten und Engpässe, schwierige Zeiten gemeinsam durchzustehen. Nur zur Erinnerung: Bei HDW war es der Betriebsrat (und nicht etwa die Unternehmensführung!), der mit der Belegschaft gesprochen und sie auf Zugeständnisse eingeschworen hat. Das war der Betriebsrat und nicht die Unternehmensführung, deren Aufgabe es ja durchaus hätte sein können.

Wie steht es nun mit der sozialen Gerechtigkeit, wenn ein Arbeitsplatz trotz aller Bemühung doch nicht erhalten werden konnte und ein Mensch arbeitslos wird? Dann gehört es zur sozialen Gerechtigkeit, ihn so schnell wie möglich wieder in Arbeit zu bringen. Mit dem SGB II (Sozialgesetzbuch II, besser bekannt als „Hartz IV“) ist dies gesetzlich festgeschrieben worden: Die Unterstützung bei der beruflichen und sozialen Eingliederung. Mit der Geldleistung aus dem Arbeitslosengeld II (in dem die bisherigen steuerfinanzierten Leistungen Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammengeführt werden) hilft der Staat demjenigen, der sich nicht selbst helfen kann. Auch das ein Stück soziale Gerechtigkeit.

Alter

Was bedeutet nun im Anschluss an das Berufsleben Soziale Gerechtigkeit im Alter? Unser **Rentensystem** steht vor dem Kollaps. Durch den demografischen Wandel haben wir zu wenige Einzahler und zu viele Rentenbezieher. Wir brauchen mehr Einzahler.

Unsere Antwort darauf ist die bereits erwähnte **Bürgerversicherung** zur Finanzierung der Kranken- und Pflegeversicherung. Das Konzept Kopfpauschale lehnen wir ab, denn es ist sozial ungerecht. Wir wollen eine solidarische Gesellschaft.

Gerade für uns in Schleswig-Holstein bringt der **demografische Wandel** manche Herausforderung:

Schleswig-Holstein ist sehr beliebt als Altersruhesitz. Aus allen Teilen der Republik kommen Menschen zu uns, um ihren Lebensabend in Schleswig-Holstein, speziell in Ostholstein zu verleben.

Wir verzeichnen einen stetigen Bevölkerungszuwachs. Jedoch nicht durch besonders viele Geburten, sondern durch Zuzüge. Das ist eine besondere Herausforderung für unsere Städte und Gemeinden.

Die meisten Seniorinnen und Senioren sind weder pflege- noch hilfsbedürftig. Sie sind aktiv und mobil, zunehmend unabhängig und ein bedeutender Wirtschaftsfaktor.

Sie haben spezielle Wohnbedürfnisse, auf die wir bei unseren bauleitplanerischen Entscheidungen vorbereitet sein müssen. Kleine, barrierefrei Wohnungen mit guten Anbindungen an Infrastruktur (Verkehr, Einkaufen, Kultur – aber auch Pflege und Betreuung) werden in Zukunft die Einfamilienhausgebiete am Ortsrand verdrängen.

Steuern

Ich habe jetzt eine ganze Reihe von Beispielen aufgezeigt, an welchen Stellen aus meiner Sicht der Staat soziale Gerechtigkeit walten lassen kann und muss. Ich habe

Beispiele genannt, wie der Staat gerechte Chancen für die Menschen schaffen kann. Beispiel, wie der Staat dem hilft, der sich nicht selbst helfen kann.

Damit er helfen kann, braucht der Staat Einnahmen.
Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten.

Auch beim Thema Steuern nimmt die SPD Schleswig-Holstein wieder einmal eine Vorreiterrolle ein.

Das Konzept für ein sozial gerechtes und einfaches Steuersystems von Ministerpräsidentin Heide Simonis und Finanzminister Ralf Stegner hat bundesweit Beachtung gefunden. Dieses System soll Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit an der ausreichenden Finanzierung der staatlichen Infrastruktur beteiligen.

Wir alle wollen so vieles - ein attraktives Bildungssystem, eine gute Sozialinfrastruktur, eine genau so gute Wirtschafts- und Verkehrsinfrastruktur und ein hohes Maß an innerer Sicherheit. Um das alles zu erreichen, brauchen wir **auskömmliche Steuereinnahmen** für das Land und die Kommunen. Deshalb gibt es auch keinen Spielraum für weitere allgemeine Steuersenkungen, ohne die genannten Ziele in Frage zu stellen. Noch einmal sei gesagt:

Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten.

Ein sozial gerechtes Steuersystem muss einen Beitrag zur Verteilungsgerechtigkeit leisten.

Unser Konzept wendet sich an Millionen **Normalverdiener**.

Wir wollen zur Unterstützung der Reform der sozialen Sicherungssysteme ein Steuersystem, das einfach und zugleich sozial gerecht ist.

Niemand soll sich arm rechnen können.

- ✓ Arbeit muss sich lohnen : Der Sozialstaatsgedanke kommt am besten zu tragen, wenn Steuern der tatsächlichen Leistungsfähigkeit entsprechend gezahlt werden. Der Spitzensteuersatz darf nicht unter 42 % gesenkt werden. Für besonders hohe Einkünfte (über 500.000 €) wird ein Aufschlag erhoben. Wenn der steuerliche Subventionsabbau weiter voran schreitet und damit die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage einhergeht, müssen insbesondere für Geringverdiener entstehende Spielräume genutzt werden.
- ✓ Wir wollen ein unbürokratisches Steuersystem: **Pauschalierungen** sind im Steuersystem der richtige Weg, um den Verwaltungsaufwand bei den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern und den Finanzämtern erheblich zu reduzieren.
Was für 90 bis 95 % aller Fälle zutreffend ist, kann auch die Regel für alle werden. Das Streben nach absoluter Einzelfallgerechtigkeit macht das System bürokratisch und letztlich ungerecht.
- ✓ Wir setzen uns ein für **Generationengerechtigkeit**: Das Steuersystem muss auch die Frage der Generationengerechtigkeit in den Blick nehmen. Wir wollen deshalb von der reinen steuerlichen Förderung der Institution Ehe wegkommen. Familien mit Kindern müssen stärker entlastet werden. Jedes Kind soll dabei gleich viel wert sein.
Deshalb soll es keine steuerlichen Kinderfreibeträge mehr geben, sondern Familien mit Kindern werden über ein erhöhtes Kindergeld und durch die Verbesserung der Rahmenbedingungen der Kinderbetreuung direkt gefördert.

Zur Generationengerechtigkeit gehört aber auch ein schonende Übergang zur nachgelagerten Besteuerung, d.h. Renten- und Altersvorsorge muss gefördert und Renteneinkommen sozial verträglich besteuert werden.

- ✓ Wir wollen, dass der Faktor Arbeit entlastet wird: Die Lage der öffentlichen Haushalte mit all ihren Schwierigkeiten ist im wesentlichen durch die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit bedingt. Der Faktor Arbeit muss daher entlastet werden. Wir wollen durch Initiativen auf Bundesebene bis 2010 eine deutlich **stärkere Steuerfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme** nach skandinavischem Vorbild erreichen.
- ✓ Wir wollen eine **Erhöhung der Erbschaftssteuer** ohne Belastung kleiner und mittelständischer Betriebe: Wir wollen die Erbschaftssteuer mit dem Ziel erhöhen, dass sich besonders hohe Vermögen und Verdienste an der Finanzierung der öffentlichen Aufgaben beteiligen. Kleine und mittlere Unternehmen sollen durch entsprechend hohe Freibeträge bei einem Betriebsübergang geschont werden. Kleine und mittlere Unternehmen sind das Rückgrat unserer heimischen Wirtschaft; sie sorgen für Arbeit und Ausbildungsplätze.
- ✓ Wir brauchen **auskömmliche Steuereinkommen für die Kommunen:** Deshalb schlagen wir eine **Kommunalsteuer** vor. Diese muss den Zusammenhang zwischen den Leistungen der Kommune und den Steuerzahlungen der Wirtschaftsbeteiligten verdeutlichen. Alle Gewerbetreibenden, Land- und Forstwirte, Selbständige und Vermieter von Grundstücken, die von der örtlichen Infrastruktur profitieren, müssen ihren angemessenen Beitrag zur Finanzierung der Kommune leisten.
- ✓ Wir brauchen eine **effiziente Steuerverwaltung:** Das bestehende Steuerrecht gehört konsequent durchgesetzt. Im Blick haben wir dabei nicht den abhängig Beschäftigten, der nach dem Konzept von Ralf Stegner in der Regel sein Finanzamt nur noch von außen zu Gesicht bekommt. Den Schwerpunkt wollen wir auf Betriebsprüfungen, die Steuerfahndung und die **Bekämpfung des Umsatzsteuerbetruges** legen. Der Umsatzsteuerbetrug macht in Deutschland mittlerweile eine größere Summe aus als der gesamte europäische Haushalt. Was könnte man mit diesem Geld Sinnvolles tun!
- ✓ Wir wollen das finanzielle Steuerungssystem für die Zuweisung an die Gemeinden, Kreise und kreisfreien Städte nach dem Finanzierungsausgleichgesetz auf Verbesserungsmöglichkeiten überprüfen und Änderungen in einer Evaluationsphase auswerten.

Das Konzept von Heide Simonis und Ralf Stegner für ein sozial gerechtes Steuersystem heißt, das Steuerpolitik als echtes „Steuerungs“-System, als Steuerungs-Instrument zu begreifen. Mit anderen Worten:

Wir wollen eben **„anders steuern“**.

Fazit

Mit der SPD Schleswig-Holstein ist der rote Faden der sozialen Gerechtigkeit deutlich erkennbar.

Wir haben seit 1988 vieles auf den Weg gebracht und Schleswig-Holstein von alten verkrusteten Strukturen befreit, Mitwirkungsrechte von Bürgerinnen und Bürgern eingeführt.

Der „rote Faden der sozialen Gerechtigkeit“ ist zum Markenzeichen der SPD Schleswig-Holstein geworden. Er ist für uns schleswig-holsteinische Sozialdemokraten vor allem mit zwei Namen verbunden: Claus Möller, unserem Landesvorsitzenden (der wohl inzwischen mehrere Pullover mit seinem „roten Faden“ gestrickt haben dürfte) – und mit Heide Simonis.

Damit das so bleibt, hat Schleswig-Holstein am 20. Februar 2005 die Wahl. Zwischen einem Kandidaten, der an nichts so hängt wie an alten Strukturen, der kein Konzept für dieses Land hat.

Und Heide Simonis, die anerkannt gute Arbeit für Schleswig-Holstein geleistet hat und der die Menschen zutrauen, dass mit ihr dieses Land auch in Zukunft lebens- und liebenswert bleibt.

Und für die **soziale Gerechtigkeit** nicht nur eine Worthülse ist.

Soziale Gerechtigkeit – wer will die eigentlich noch?

Kurz zusammengefasst, lautet die Antwort:

Die **SPD Schleswig-Holstein**.

Danke für Ihre und Eure Aufmerksamkeit.